

Naale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gepolte 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Resten die 92 mm breite Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengestaltung. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntag und Montag 1 mal. Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, St. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstr. 32 und Markt 14. Postfach-Num. Leipzig Nr. 4609.

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk. auswärts, Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich, Zeitungsergebnis unter Naale-Zeitung eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Naale-Zeitung“ gestattet. Ferner: der Schriftleitung Nr. 1140, der Postverwaltung Nr. 1013 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 11334

Nr. 387.

Halle, Freitag, den 20. August 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Umkehrung der Verantwortlichkeiten.

Wenn die Angelegenheit nicht so verteuert erst wäre, könnte die „Orgesch“-Angelegenheit in der Aufmachung, wie sie von der hallischen Rechtsprelle ausgehen wird, anfangen, uns zu belustigen. Es fehlte nur noch, daß man uns von neuem das nationale Empfinden und den Sinn für Ruhe und Ordnung im Vaterlande abzuspüren versuchte. Wir sind gewiß die letzten, die den von links drohenden Gefahren blind gegenüberstehen. Im Gegenteil. Wir beobachten alle Anzeichen, die auf Rückschritte der linksradikalen Elemente deuten könnten, mindestens ebenso genau wie die rechts von uns stehenden Parteien — und ihre Presse. Aber wir wissen auch ebenso gut, daß die Spannung von links nicht zuletzt ihren Grund darin hat, daß gegenrevolutionäre Elemente, deren Vorhandensein doch wohl ernstlich auf kein rechtsstehendes Politiker abzulegen will, von den Reichsparteien nicht energisch genug abgegrenzt werden, obwohl diese immer und immer wieder betonen, daß sie auf dem Boden der Verfassung ständen. Man soll doch auf der rechten Seite sitzen und den anderen nicht andauernd ein Ziel für ein U normales wollen. Denn an manchen Stellen sind die wirklichen Absichten doch zu schlecht verdeckt, als daß man sie mißverstehen oder gar nicht erkennen sollte.

Gerade weil wir Ruhe und Ordnung im Vaterlande haben wollen, kann es für uns nur eine Richtlinie geben, und das ist die, an unserem Teile daran mitzuwirken, daß dem Recht und dem Gesetz, wie es von den legislativischen Körperschaften des deutschen Volkes festgelegt worden ist, Achtung verschafft und der Regierung zur Durchführung der Gesetze die Machtmittel gegeben werden. Das ist doch wohl ein Standpunkt, wie er klarer nicht sein kann. Entweder wir haben gesetzliche Zustände oder wir haben sie nicht. Wenn sich ein Teil des Volkes, der eine Minderheit darstellt, berechtigt glaubt, neben der Staatsgewalt und gegen deren Willen eine besondere Selbstorganisation zu schaffen, so bedeutet das nichts anderes als Anarchie. Und gegen diese muß jeder legal gebildete Staatsbürger Front machen. Ob der Versuch der Selbsthilfe von rechts oder von links kommt, ist ganz gleichgültig. Ebenso wie wir gegen eine Nebenregierung der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen Stellung nehmen, werden wir es auch gegen den Versuch einer Nebenregierung eines Fortrats Eiserich tun, dessen Organisation fraglos ein Mißtrauensvotum gegen die Volksgewalt der legitimen Regierung darstellt. Von den Stellen, die für die „Orgesch“, den Landbund und andere Vereinigungen werden, wird es ja in Flugblättern ganz offen ausgesprochen, daß man die gegenwärtige Reichsregierung für „lendensam“ hielt und an ihrer Statt den Schutz des Bürgerrechts in die Hand nehmen zu müssen glaubt. Wenn eine Regierung, die etwas auf sich hält und die Wehrhaft des Volkes hinter sich weiß, sich eine solche Bevormundung verbittet und sich, wenn es nicht anders geht, gegen sie mit ihrer Volksgewalt wehrt, so ist das nicht mehr als recht und billig.

In der „Orgesch“-Angelegenheit haben die Regierungsstellen im Reiche bereits ausgesprochen, daß sie auf Grund des Entwaffnungsgesetzes gegen diese Selbsthilfsorganisationen vorzugehen sich für verpflichtet halten. Und nur weil der Reichskommissar für die Entwaffnung sein Amt augenblicklich noch nicht mit der ihm übertragenen Machtbefugnis durchführen kann, sind die Oberpräsidenten in Preußen in die vorhandene Lücke eingeschoben worden. Die Reichsparteien versuchen daraus eine Umkehrung der Verantwortlichkeiten zu konstruieren, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wenn in der Magdeburger Angelegenheit behauptet wird, daß der Oberpräsident Hörsing aus eigener Machtvollkommenheit und willkürlich handelt. Die Untersuchung wird, daß sich bereits öffentlich bekannt gegeben worden, durch Beauftragte des Reichskommissars für die Entwaffnung und der Reichsregierung geführt. Reichsminister Dr. K. o. d. v. von der Reichspartei neuerdings in einen Gegensatz zu dem Magdeburger Oberpräsidenten gebracht wird, hat, wie ebenfalls inzwischen mitgeteilt worden ist, vorneint, daß er der „Orgesch“ seine Unterstützung zugelaßt hätte. Er hat sich vielmehr dem Minister Geering gegenüber gegen die Eiserich-Organisation ausgesprochen.

Es wird nicht ohne Grund darauf hingewiesen, daß sich gegenwärtig hinsichtlich der „Orgesch“ etwas Ähnliches abspielt, wie unmittelbar vor dem Rapp-Kußich. Unter diesem Gesichtswinkel wird man auch das heute veröffentlichte Telegramm Eiserichs an den Reichspräsidenten betrachten müssen und gut tun, sich durch das histerische Geschrei der Rechtsprelle sich von dem nicht abbringen zu lassen, was durch die Gesetze festgelegt ist.

Von den nationalpolitischen Blättern und auch von einem Teil der völkerverständigen Presse wird es weiter so bargehalten, als ob der sogenannte Treubund lediglich eine kameradschaftliche Organisation ohne jeden politischen Hintergrundgedanken darstelle. Wir wissen eben aus eigener Erfahrung, daß der Treubund in Berlin, in den nur ganz

„zuverlässige“ Personen auf Grund von Vorschlägen anderer „zuverlässiger“ Personen aufgenommen werden, eine Art Geheimorganisation ist, welche die Wiederherausführung der Monarchie — daher eben der Name Treubund — zum Ziele hat. In seiner Spitze stehen u. a. — Luderendorff und Helfferich. Es wäre wunderbar, wenn der Treubund, der in der Magdeburger Angelegenheit eine Rolle spielt, nicht in irgend einem Verwandtschaftsverhältnis zu dem Berliner Treubund stände, dessen Wiege sich, wie wir nach Korrespondenzen annehmen, die uns schon vor dem Rapp-Kußich zugingen, in — München befand.

Aber will absteigen, daß alles das zu einem gewissen Mißtrauen gegen „Orgesch“ und ähnliche Organisationen Veranlassung gibt? Ein normaler Rapp-Kußich mußte doch nach dem System Rapp-Kußich nicht nur dem deutschen Volke den Untergang bringen. Darüber sollte sich das gesamte Bürgerum klar sein. Aber selbst, wenn die Eiserich-Organisation nichts anderes als den Schutz der Verfassung ehrlich wollte, so wäre sie doch das ungeheuerste Mittel, Ruhe und Ordnung im Vaterlande aufrecht zu erhalten. Das Entwaffnungsgesetz erzwingt die Auflösung solcher Organisationsformen. Jedes Sträuben dagegen ist ungesetzlich. Und wer dieses Sträuben in Wort und Schrift und durch die Tat unterstützt, sabotiert den Wehrheitswillen des deutschen Volkes, durch den das Entwaffnungsgesetz beschlossen worden ist. Jeder diejenigen, die nach dem Beweissystem in Deutschland Gelüste tragen, nach Eiserich und seine Gefolgschaft können die Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes übernehmen. Diese Verantwortung liegt auf den Schultern der Reichsregierung, die durch das Selbstbestimmungsrecht des Volkes dazu berufen worden ist. So und nicht anders liegen für jeden Klar denkenden die Dinge. Und lediglich, weil wir uns auf diesen legalen Boden stellen, bekämpfen wir die Versuche der Rechtsprelle, der „Orgesch“ zu einer Stellung in deutschen Vaterlande zu verhelfen, von der die Mehrheit des Volkes nichts wissen will.

Ein Telegramm Eiserichs an den Reichspräsidenten.

München, 19. August. Zu dem Telegramm des preußischen Innenministers an die preußischen Oberpräsidenten über die Verfolgung der Organisation Eiserich hat Dr. Eiserich mit folgendem Telegramm an den Reichspräsidenten Stellung genommen: Der preußische Minister des Innern hat ein Telegramm an die Oberpräsidenten gerichtet, worin er die Organisation Eiserich als ungesetzlich bezeichnet und befehlt, gegen sie mit Verbot und Auflösung vorzugehen. Gegen dieses Recht und Gesetz verhöhrende Verfahren des preußischen Ministers erhebe ich härtesten Protest. Ich werde kein verfassungswidrig zur Verfügung stehendes Mittel unversucht lassen, um der Organisation, die ein eingetragener Verein ist, ihr Recht zu erkämpfen. Mit großen persönlichen Opfern und Mühen ist es mir gelungen, alle zu der Organisation gehörenden Verbände und Vereine verschiedenster Richtung unter meiner Leitung zu vereinen und auf unserer Seite die Verfassung aufgebauetes Programm zu veröffentlichen. Trotz meiner beruhigenden Einwirkung hat das Verfahren der preußischen Regierung, das ganz offen gegen Artikel 124 der Reichsverfassung verstößt, begünstigte Erregung innerhalb meiner Organisation hervorgerufen, für deren etwaige Folgen die preußische Regierung die Verantwortung zu tragen haben wird. Nach wie vor hege ich die bestimmte Hoffnung, daß es der Reichsregierung doch noch gelingen wird, die Maßnahmen der preußischen Regierung, die aus Unkenntnis der Mißachtung der Ziele und des Wesens meiner Organisation getroffen sind, baldigst unwirksam zu machen. Auch heute noch will ich mich in meinem Vertrauen nicht beirren lassen und muß ausdrücklich verlangen, daß die Reichsregierung die in der Weimarer Verfassung garantierten Grundrechte der Deutschen auch für die Angehörigen meiner Organisation zu schützen wissen wird.

Ich bitte ergebend, mir eine möglichst baldige Antwort zukommen zu lassen.
Regensburg, 18. August 1920.
(gez. Eiserich.)

Dr. Simons bleibt noch in der Schweiz.

Berlin, 19. August. Der Aufenthalt des Ministers des Auswärtigen Dr. Simons in der Schweiz ist um einige Tage verlängert worden.

Lloyd George auf der Reise nach der Schweiz.

Paris, 18. August. (Eigene Meldung.) Lloyd George ist auf seiner Reise nach der Schweiz in Boulogne für vier eingetroffen und setzte mit seinem etwa 20 Personen zählenden Gefolge die Fahrt im Sonderzug fort. In Chamilly stieg der englische Vorkämpfer in Paris Lord Derby in seinen Zug, um ihn eine Strecke zu begleiten und ihn über seine Unterredungen mit dem Generalsekretär im Ministerium des Auswärtigen Balcoulaue auf dem Kaufenden zu hören.

Zur Lage in Oberschlesien.

Berlin, 18. August. Wie der „Deu“ von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, entsprechen die durch die 19. erweiterten Mitteilungen über die Vorgänge in Kattowitz im allgemeinen den Tatsachen. Die durch die Sicherheitspolizei ihren Dienst eingestellte und die Waffen abgegeben hat. Die Sicherheitspolizei verbleibt nach wie vor ihrem Dienst, der durch das gefällige Auftreten der internationalen Besatzungstruppen, insbesondere durch das Eingreifen einer französischen Schwadron zu Pferde sehr erhöht ist.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, haben sich die Vorgänge in Kattowitz wie folgt abgepielt: Die in großer Erregung befindliche demonstrierende Menge griff die französischen Wachmannschaften an, welche angeschlossen die Verhaftung anforderten und einzelne Strafzüge abberieten. Am Verlauf dieser Sperre kam es zu Schieberereien deren Ausgang bereits gemeldet worden ist. Nachdem die Besatzungen durch die französischen Truppen vollzogen worden waren, griff auch die deutsche Sicherheitspolizei ein, und zwar in der Weise, daß sie das in der Nähe des Bahnhofs befindliche mit Dschuden besetzte Barackenlager räumte, die Leute zu einem Transport zusammenleitete und diese nach Polen abschoß. Dieses Vorgehen ist um so unverständlicher, als einmal die in dem Barackenlager Internierten an den Anrufen vollkommen unbeteiligt waren, auf der anderen Seite aber liegt eine schwere Verletzung der von polnisch-russischen Konflikt vor, da die sämtlichen abgehenden Leute sich in militärischlichem Alter befinden. Das Vorgehen der deutschen Besätze richtete sich, wie nochmals ausdrücklich festgestellt sei, ausschließlich gegen polnische Staatsangehörige jüdischer Nationalität und nicht gegen andere polnische Militärflüchtlinge.

Die russisch-polnische Frage.

Wien, 19. August. I. Schischkin richtete der „Arbeiterzeitung“ zufolge an den österreichischen Reichsrat ein Telegramm, worin er die Einreise einer Delegation des Arbeiterrats nach Rußland unter der Voraussetzung genehmigt, daß die Delegation in keiner Verbindung mit den Räte-Rußland feindlichen Elementen stehe.

Königsberg, 19. August. Die Russen haben die Eisenbahnlinie Thorn—Görlitz überfallen und haben Gefangen erbeutet. In der Gegend von Bischofswerder ist russische Kavallerie erschienen. Graubund wird durch die Polen mit Hilfe der Zivilbevölkerung in Bereitwilligkeit ausgetrieben. Durch die Eroberung von Giechowo durch die Russen ist der Stroh des polnischen Fortschritts unwiderrücklich davon zum Steben gebracht worden. An der Nordfront und Ostfront. Die Situation der schweren Kämpfe weiter. Der polnische Angriff an der Linie Warschau—Zwanorod und nördlich des Wierzen scheint im Gange zu sein.

Russischer Junktpruch über polnische Friedensverzögerungen.

Berlin, 19. August. (Eigene Meldung.) Die offiziöse Moskauer Telegrammagentur verbreitet einen Junktpruch, indem sie die Polen allerlei Mäandere beizichtigt, um systematisch die Friedensverhandlungen zu verzögern. Polen habe nur mehr Truppen ausrichten wollen und die Entente habe über den Danks Verhättnissen geschickt. Demnach haben seinen Gegenangriff begonnen. Frankreich habe an diesem Spiel teilgenommen. Aber auch England sei beteiligt und habe Polen mit Waffen und Munition versehen. Lloyd George habe den Frieden durch seine diplomatischen Mäandere nicht erschwert, indem er einen unmittelbaren russisch-polnischen Frieden verhinderte und die Gegenrevolutionäre unterstützte, während er gleichzeitig sein Spiel durch fortgesetzte friedliche Neußerungen maskierte.

Polnischer Heeresbericht.

Danzig, 19. August. Ueber die Kämpfe bei Warschau meldet der polnische Heeresbericht vom 17. August: Die Vorposten der feindlichen Heiterei, die vom Oberkommando des Sowjets zur Forcierung der Weichsel bestimmt waren, stießen auf entschlossenen Widerstand der Besatzung von Wladylaw, die alle Angriffe abwies. Als der Feind den Mißerfolg dieser Wehrungen sah, bombardierte er die Stadt. Eine Reihe von Gebäuden, darunter die Rathshalle und das Bischofspalais, haben stark gelitten. Infolge der schwachen Besetzung Kommerellens haben die Vorposten der bolschewistischen Abteilungen Lautenburg und Soldau besetzt. Ueberall trafen die bolschewistischen Abteilungen auf lebhafteste Unterstützung von deutscher Seite. Die Generation, die im Abschnitt von Radlin von General Schorski geführt wird, löst auf hartnäckigen Widerstand des Feindes. Es wurde festgestellt, daß bolschewistische Infanteriemassen zum Kampf durch Kommunisten gewonnen wurden, die das System des rücksichtslosen Terrors verfolgten. Ergebenheit entwickelte sich unter Generation erfolgreich. Am 17. d. M. wurde Peroczi erobert. Die Beute der letzten Tage beträgt 2000 Gefangene, viele Maschinengewehre und eine Masse von Train. In den Kämpfen am 16. schlug die Abteilung der itauischen wehrwärtigen Division bei Radymyn das 185. und 186. Sowjetregiment, wobei sieben Maschinengewehre, drei Protzkanonen, Munition und Gefangene erbeutet wurden. In Zusammenhang mit der Offensive der mittleren Front ging der rechte Flügel des Warschauer Bridentopfes zur Agresthandlung über. Die Angriffe der Vorposten führten nach Anwendung von Tanks am Mittwoch herum zur Einnahme von Dombornicki. Unsere Abteilungen schritten weiter nach Nowominsk vor.

Die Stellung des deutschen Befandes in Warschau. Berlin, 18. August. (Eig. Meld.) Wie uns unter nach Warschau entlassener Sonderberichterstatter diesbezüglich mitteilt, be-

Die gesamte politische Presse bis heute von dem Herrn Obernordt überdrückte deutsche Note sehr aufrecht. Es handelt sich hierbei um die bekannte Note, in der von deutscher Seite der Wunsch ausgesprochen wird, die bisher sehr unfruchtbar verlaufende Verhandlung der in den ursprünglichen deutschen Gebieten wohnenden deutschen Stammesgenossen, von polnischer Seite durch eine bessere zu ersetzen. Der Ton der Botschaft in der Presse ist sehr erbittert; namentlich der Satz der deutschen Note, in welchem von den Schritten die Rede ist, die von polnischer Seite im Korridor gegenüber Deutschland gemacht werden, wird sehr scharf beurteilt und im Gegensatz hierzu behauptet, daß das System der Schikanen nicht von Polen, sondern von Deutschland ausgehe.

Unser Sonderberichterstatter hat sich in dieser Angelegenheit mit führenden Persönlichkeiten des Reiches, namentlich Auswärtigen Minister ausgetauscht und wobei von einer angeleglichen Note Kenntnis erhalten, die von polnischer Seite vor Monaten schon nach Deutschland mit dem Vorhinein gerichtet worden sei, daß Polen in Berlin und Deutschland in Warschau an Stelle des Geschütztrügers einen Generalen 1. Klasse ernennen möchten. Von polnischer Seite wurde diese Note als ein erster Schritt einer künftigen Annäherung aufgefaßt. Anschließt soll aber von deutscher Seite eine Antwort nicht erfolgt sein. — Wie wir an ausländischer Stelle von hiesigen Auswärtigen Minister erfahren, muß diese Annäherung jedoch auf einem Irrtum beruhen, da sowohl der polnische General in Berlin, wie auch der deutsche General in Warschau, Graf Obernordt, durchaus und in jeder Beziehung vollwertige Generale, nicht etwa Geschützträger sind und die Ernennung von Vorgesetzten, die mit dem Ausdruck „General 1. Klasse“ von polnischer Seite etwa gemeint sein könnten, bei der Größe der deutschen und polnischen Staaten nicht den diplomatischen Formen entsprechen würde.

Amerika hilft nicht.

Paris, 18. Aug. Nach einer Savas-Meldung aus Washington weigert sich die amerikanische Regierung, den für Polen bestimmten Anteil an den bewilligten Kredit von 250 Millionen Dollar auszugeben, weil sich die Vereinigten Staaten nicht mit der Sowjetregierung im Kriege befinden und insoweit auch nicht in der Lage seien, Polen in diesem Augenblick einen Kredit zu bewilligen.

Die Arbeiterbewegung gegen den Krieg.

Paris, 19. August. Die „Peuple“ mittels, hat das Nationalkomitee der sozialistischen Gewerkschaftskommission beschlossen, daß der Transport von Kriegsmaterial für ein Land, das sich im Kriegszustand befindet, jedem eingeschriebenen Mitglied verboten ist.

Die Gewaltherrschaft der Franzosen im Saargebiet.

Berlin, 19. August. Nach einer hier eingetroffenen Privatmeldung aus Frankfurt hat die Regierungskommission des Saargebietes den Beamtenstreik zum Vorwand genommen, um sämtliche Redakteure aus dem Saargebiet auszuschließen.

Die Rückkehr Ostpreußens zum Reich.

Altenstein, 19. Aug. Den Auftakt zum heutigen Festtag, der der Freude über die Wiedervereinigung des ostpreussischen Abtrünnigen Gebiets mit dem deutschen Vaterlande Ausdruck geben soll, bildete gestern Abend ein von den wieder eingetragenen Reichswehrtruppen ausgeführter Zapfenstreich, der von einer ungeheuren Menschenmenge begleitet wurde. Nach dem Vortrag mehrerer Musikstüde vor dem Hause des Reichs- und Staatskommissars Freiherrn v. Gampel bewegte sich der Zug vor die Wohnung des Vorstehenden des Grenzländer- und Maßregelnbundes Max Worgitzki, wo das Deutschlandlied von Tausenden mit Begeisterung gesungen und Worgitzki Subsidionen dargebracht wurden.

Für und gegen die kommunistische Diktatur.

Wiesbaden, 19. August. Die russische Sowjet-Armee an die deutsche Grenze hatte die kommunistische Partei Deutschlands durch Aufrufe zur Wahl von politischen

Arbeitervertretern aufgefordert, um damit die erste Voraussetzung zur Schaffung einer deutschen Arbeiterpartei zu verschaffen. Mit Freuden meldete die „Kreuzzeitung“ auch kurz darauf, daß die Anregung Beachtung gefunden habe, indem die Arbeiterorganisation der Vorposten in Groß-Berlin beschließen hätten, der Betriebsversammlung die Wahl von politischen Arbeitervertretern zu empfehlen. Seitdem ist aber augenblicklich der deutsche Sowjet nicht viel mehr geschehen. Die Betriebsversammlung kann nicht einmal stattfinden, da die Betriebsvereinigungen der Vorposten den Beschluß ihrer Funktionäre angenommen hat. Sie berichtet nur, daß die Betriebsversammlung eines anderen, wegen der radikalen Haltung seiner Arbeiterpartei längst bekannten Unternehmens sich für die sofortige Wahl von politischen Arbeitervertretern ausgesprochen habe! Aber das ist eigentlich alles! In der Reichsdruckerlei haben die versammelten Vertrauensleute vor einigen Tagen freilich auch einen entsprechenden Entschluß gefaßt. Aber die „Kreuzzeitung“ muß selbst zugeben, daß eine starke Mehrheit dagegen war und daß die nächste Betriebsversammlung der Reichsdruckerlei erst noch die endgültige Entscheidung zu treffen hat.

Nachdem man nun, wie die Prolegomena der Kommunikation auf das aufmerksamste zu verfolgen: so sehr auch zu hoffen ist, daß der gesunde Sinn der deutschen Arbeiterpartei sich von vornherein ein Experiment, wie es die kommunistische Arbeiterpartei ist, entgehen lassen wird. Ist es doch bezeichnend, daß in kommunistischen Kreisen selbst zugegeben wird, daß der Spartakusbund gar nicht imstande ist, eine Diktatur des Proletariats einzurichten. So schreibt Franz Weyers in seiner auf dem Boden der kommunistischen Arbeiterpartei stehenden „Kritik“: „In Deutschland ist eine Partei diktatur unmöglich“, und begründet das folgendermaßen:

„Parteidiktatur in diesem Deutschland heißt: Arbeiter gegen Arbeiter. Eine Parteidiktatur der K. P. D. (Spartakusbund) ... müßte sich durchsetzen gegen U. S. P.-Arbeiter, S. P. D.-Arbeiter, Gewerkschaften, Syndikalistensorganisation und gegen die Bourgeoisie ... Es ist unvorstellbar, daß alle Arbeiter — auch die von Gegnern und Selbstverächtern genutzten Arbeiter! — die Träger der kommunistischen Neuordnung sein müssen, soll nicht Selbstzerfressung die Niederhaltung der Bourgeoisie unmöglich machen. Wollen wir auf den längsten Tag warten, bis alle oder auch nur ein paar Millionen Proletariats in der K. P. D. vereinigt sein werden, die heute nur noch aus einem Haufen von Angeheulenen und ein paar Gutgläubigen besteht?“

Konservative — Deutschnationale — Monarchie.

Der Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ hält es für nötig, in der Wochenchau seines Blattes energisch gegen die Annahme zu protestieren, als ob der Gedanke der demokratischen Republik sich bei den Rechtsparteien durchzusetzen beginne. Er schreibt:

„Dieser Auffassung müssen wir vom konservativen Standpunkt aus energisch widerprechen. Wir konservativen denken nicht daran, uns mit der republikanisch-demokratischen Verfassung abzugeben. Wir werden sie immer bekämpfen. Daß dies auf verfassungsmäßigem Wege geschieht, soll und kann nicht als schickendes Eingeständnis gelten. ... Wenn es wirklich richtig ist, daß eine neue nationale Verfassung dem monarchistischen Gedanken einer Kritik unterzogen haben, so können wir dies nur bedauern.“

Man kann der „Kreuzzeitung“ für dieses rühmstößige Bekenntnis, das die Sachlage außerordentlich klar, nur sehr dankbar sein. Als nach den Reichstagswahlen die Deutschnationalen sich mit der Forderung schmeickelten, in die Regierung einzutreten, konnte man in ihrer Presse über die monarchistische Frage etwas anders lautende Darstellungen lesen. Nunmehr erfahren wir aus der „Kreuzzeitung“, wie man auf der rechten Seite in Wirklichkeit über diese Frage

denkt und daß man damals vorerst diesen Programmpunkt nur mit einem Schleiher besetzt hat.

Aufmerksam ist auch noch darauf gemacht, daß die „Kreuzzeitung“ hier scharf zwischen konservativen und anderen deutschnationalen Parteien unterscheidet. Auch an einer weiteren Stelle der Wochenchau spricht sie mit Nachdruck von der „konservativen Weltanschauung“. Die „Kreuzzeitung“ können sich danach in der deutschnationalen Volkspartei schon sehr wider als Herren zu fühlen, daß sie es gar nicht mehr für notwendig erachten, ihren ursprünglichen Namen zu verbergen, und daß sie den imperialistischen Standpunkt der Junkerpartei als den in der deutschnationalen Volkspartei maßgebenden Geist ausgehen können.

Deutschnationale Siedlungsvereine.

Die „Kreuzzeitung“ der Deutschnationalen Volkspartei“ ist sehr herzlich darüber, daß wir nach dem „Deutschen Bauernbund“ eine Hebung der „Schleifschicht“ in die „Kreuzzeitung“ wiedergeben haben, in der sich dieses Blatt zwar theoretisch für Siedlungen ausspricht, es aber als höchst verfehlt bezeichnet, gerade jetzt mit der Siedlung vorzugehen. Die „Deutschnationale Volkspartei“ sucht in der nun einmal in diesem Dagen herkömmlichen Siedlung in einem Siedlungsgebiet und ihre Partei gegen den Vorwurf der Siedlungsvereine auf zu verteidigen, beständig aber durch ihre Ausführungen nur die Feindschaft. Sie schreibt:

„Im Augenblick, wo alles darauf ankommt, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, kann das Stören der bisherigen Verhältnisse durch unvorhobliche Experimentieren für die Volksernährung geradezu verhängnisvoll werden ... Die Deutschnationalen treten in Parlament und Presse stets warm für eine gesunde Siedelung ein; allerdings lehnen sie ab, die Siedlungsfrage als Adress zu benutzen und Siedelung auch da zu fordern, wo sie dem Allgemeinwohl und den Siedlern selbst zum Unrecht gereicht. Das demokratische Schlagwort „Wahnhof an Bauernhof bis an die Sturzwand“ ist nicht nur eine Zumutung, sondern auch ein Verbrechen an denjenigen, die man damit in unhaltbare Verhältnisse hineinlockt. Nicht jeder Boden und nicht jede Zeit sind zur Ansetzung von Siedlern geeignet; daß muß gerade der Freund der Siedelung stets betonen.“

In diesen Worten kommt genau die Taktik zum Vorschein, gegen die wir uns wenden. Die Deutschnationalen wagen es sehr nicht mehr, offen der inneren Konfession entgegenzutreten. Aber jedesmal, wenn die Siedelung in die Tat umgesetzt werden soll, dann erheben sie gerade heute und gerade hier ist sie nicht anzunehmen, sondern die Siedlung selbst zum Unrecht gereicht, daß die Bauern so fürcht sind, um nicht hinter diese Schliche zu kommen.“

Deutsches Reich.

Der bayerische Landwirtschaftsminister Wusthofer hat sich in Begleitung mehrerer Herren des Ministeriums mittels Auto nach Tiroz gegeben, um dort wichtige wirtschaftliche Fragen zu erledigen.

Das Reichsarbeitsministerium wird uns mitteilen, nachdem, wie bereits gemeldet, der Teiltarifvertrag über die Dienstbezüge der Angestellten bei Reichs- und preussischen Staatsverwaltungen am 4. Juni 1920 abgeschlossen worden ist, nunmehr die im Reichsarbeitsministerium unter Leitung des Ministerialrats Dr. Hansmann stattfindenden Verhandlungen über die allgemeinen Arbeitsbedingungen soweit geblieben, daß nur einige Fragen kritisch geblieben sind, zu denen wegen ihrer besonderen Wichtigkeit die Reichsregierung Stellung nehmen muß.

Wiedererleben einer englischen Heeresoffizierskademie in Frankfurt am Main. Als nächst wird eine sogenannte Heeresoffizierskademie für Heeresoffiziere, die finanziell von Berlin

Preukentum und Sozialismus.

Von

C. H. Barnik.

(Nachdruck verboten.)

Donald Spengler! Ein Name, bis vor kurzem noch unbekannt, und heute ein Kaputrum geworden, der in ganz Deutschland Wiederklang findet. Der „Untergang des Abendlandes“, Spenglers erstes Werk, hat mit den ungeheuren Perspektiven und Zusammenhängen, die er eröffnet, an den Grundlagen unserer ganzen bisherigen Weltanschauung und Auffassung des Weltgeschehens erstickt, hat überflutende Begeisterung und schärferen Widerspruch geweckt. Die Idealisten werden sich gegen den Realismus Spenglers, der sich als ein ihm unumfassendes Geschichtspunkte, die ihn außerhalb aller Relativität stellen. Und die Vertreter des analytischen Wissenschaftsbetriebs, der Einzelwissenschaften, erheben die Hand zur Fehde gegen die synthetische Kraft eines Spengler, gegen die verkörperte Empörung wider die Kathedrale der Wissenschaft. Aber gerade diese übertragenden, revolutionären Gesichtspunkte, wie der Versuch, Ordnung in den Zufall der Geschichte, das scheinbare Gebiet von Analogien, zu bringen, einer ist, brauchen wir in unserer Zeit des Zerfalls und Wiederaufbaus.

Das hat Spengler gefühlt, und deshalb hat er vor dem Erscheinen des zweiten Bandes seiner „Amphibologie der Weltgeschichte“ nach einer Vorstudie herausgegeben, die aus namentlich für diesen zweiten Band bestimmten Aufzeichnungen hervorgegangen ist, und die teilweise die Keime enthält, aus denen sich seine ganze Philosophie entwickelt hat. „Preukentum und Sozialismus“ heißt die Schrift, die der starken, hinter dem Platzen und Gemeinen das Große und Unberührte fühlenden Jugend gewidmet ist, die den deutschen Sozialismus von Marx, seinem „Stiefvater“, befreien will, die zeigen will, daß altvertrauter Geiz und sozialistische Weltanschauung ein und dasselbe sind. Nicht durch kausale Erkenntnis, sondern durch intuitive Einsicht kommt Spengler zu den Resultaten, den Weg dazu vermittelt die Geschichte, das Rosmos des gesamten menschlichen Schicksalsmäßigen Geschehens. Ob diese Methode, wenn man es als solche bezeichnen kann, aber auf das Gebiet der Politik in so weitem Umfang angewendet werden kann, wie Spengler es tut, diese Frage möchte ich offen lassen. Er ist ein Künstler und kein Politiker, der auf realen Tatsachen fußt, er will „Geschichte herausbekommen“, was es ihm unmöglich ist. Entzerrte Tatsachen werden oft willkürlich verbunden, zusammenhängende auseinandergerissen, damit seine Wäde in dem Können Genaue aufbauen könne, denn Spengler ist in einem lebendigen Geist und trägt der erdrückenden Fülle des Stoffes, derer Lebensfähigkeit vor Augen führt. Der Mathematiker Spengler muß uns

niets seine Freunde an Konstruktionen zeigen: sie mögen wahr sein, in der Mehrzahl der Fälle sogar, aber sie rechnen nicht mit dem Menschen wie er ist. Es bleiben eben Konstruktionen. In 1917 hat Bebel nach dem Verfall der Anarchisten und Welterdenbewegungen, erschienen lassen. „Es das wohl nicht eine falsche Einschätzung Bebel's, der für Spengler übrigens der Sozialist kategorisch ist? Spengler stellt seine Überzeugungen, seine Einschätzung von Personen und Tatsachen stets als unumstößliche Gewissheiten hin; vielleicht ist der Einbruch der unbedingten Gültigkeit ganz unbedachtigt. Daß er nun aber auf dieser seiner individuellen, hypothetischen Einstellung seine grundlegenden Ansichten aufbaut, macht diese zu schwebenden Gewölben. Allerdings müssen wir eines gelten lassen: ohne Synthesen gibt es keine Theorien, ohne Theorien keine Systeme und damit keine Weltanschauungen. So mag es zu Zeiten der Platoniker, Platos, Kopernikus, so ist es heute, und wird es stets bleiben. Jedenfalls sollte Spengler seinen eigenen Ansichten kritischer gegenübersehen, wie er auch das fast völlige Fehlen von Quellenangaben in seinen Werken vermeiden sollte. Trotz dieser Mängel ist Spenglers „Preukentum und Sozialismus“ eines der größten Werke unseres Jahrhunderts, groß im Geist und groß im Ausdruck. Unerhörbar ist sein Gedankenreichtum, unendlich zahlreich sind die Anhaltspunkte, an die man anknüpfen könnte, um Bücher darüber zu schreiben. Wenn ich verusche, die Hauptgedankensätze kurz wiederzugeben, so muß ich ebenfalls versuchen, mich jeder Kritik dabei zu enthalten; denn die Beurteilung dieses Wertes muß stets von der politischen Stellung des Lesers abhängig sein.

Nach einem kurzen Vorwort beginnt Spengler mit einem Kapitel, das er „Die Revolution“ nennt, und das eigentlich am Schluß des Buches stehen sollte. Denn, was er bringt, fußt auf dem, was erst in den folgenden Kapiteln ausgeführt wird. Spengler fährt nicht nur damit „in medias res“ hinein, er gibt gleich zu Anfang das Reklame seiner Betrachtungen, indem er die Gültigkeit der gewonnenen Resultate am Lauf der deutschen Revolution nachweist. Engländer und „Preußen“, Marx' Internationalismus, sind die Überkritiken der übrigen Kapitel, von denen das erste den Höhepunkt des ganzen Buches darstellt.

Sozialismus ist für Spengler eine und für die Zukunft die Lebensform des künftigen Menschen, das uns gemeinliche Bewußtsein, daß alle sich in jenen politischen, sozialen, wirtschaftlichen Idealen lösen oder zugrunde gehen müssen. Drei Köpfe des Abendlandes sind Träger dieses Sozialismus: die Spanier, die den Planeten sich erobern wollten, die Engländer und die Preußen; ihre anarchischen Gegner sieht Spengler in den Italienern und Franzosen. „Preukentum ist ein Gebotnis, ein Instinkt, ein Mitankerkennen.“ Und obwohl dieses Preukentum am nächsten mit der englischen Weltanschauung verwandt ist, so sind beide grund-

verfeindet. Die Sozialismus — da Individualismus! Die preussische Armee, das preussische Beamtentum, die Arbeiterbatalionen Bebel's sind Schöpfungen des preussischen Sozialismus. Der deutsche Liberalismus, eine Nachkommen des englischen parlamentarischen Regiments, das weiter nichts als eine Politik von Privatleuten ist, sagt stets Nein zum Staate, ist nicht fähig zu bejahen; in England arbeitet die Opposition mit, bei uns nie. Der 19. Juni 1917 ist für Spengler der Staatsstreich des englischen Elements in Deutschland, Ständeschwärze, Verachtung des Luxus und Genusses, Gemeingut der Arbeit, die ein Gebot Gottes ist, durchziehen den Geist des Preukentums. Geizhät und Beruf als die beiden Auffassungen der Arbeit, Philologie des Egoismus und Philosophie des Idealismus stehen sich als unvereinbare Gegensätze gegenüber. Das englische Volk ist nach dem Untergang der römischen Welt die einzige Nation, die von Befehl und Gehorsam aufgebaut, das ist der ethische Kern der Schlagworte Kapitalismus und Sozialismus. Die Novemberrevolution war weiter nichts als eine Verweigerung dieses preussischen Gehorsams, im Meer und in Bebel's Arbeiterpartei, war der Aufstieg des marxistischen, antiproletarischen. Englisches Wirtschaftswesen ist identisch mit Handel, „insofern er die kultivierte Form des Raubens darstellt“; der preussische Verwaltungsgedanke hat dagegen seit der Schutzollgesetzgebung das deutsche Wirtschaftswesen in sozialistische Formen übergeführt. England ist das Zentrum „society“, das Land ohne Staat; in Preußen war das Rüstgelingen, wie es Freischer von Stein plante, ein wirtschaftlicher Staat in der anspruchsvollsten Bedeutung des Wortes. Heute haben wir englischen Parlamentarismus in deutschmischester Verzerrung. Zwei große Weltkriege stehen sich im Kampf gegenüber. „Es gibt nur ein Ende des ewigen Kampfes, den Tod“; eine düstere Prophezeiung spricht Spengler hier aus, ohne uns aber zu rettenderem Pessimismus zu verdammen. Denn noch gilt es zu fragen: In Deutschland müssen sich die beiden sozialistischen-preussischen Parteien, die konservative und die sozialistische, zusammenfinden gegen den Parlamentarismus, das innere England. Der Welt der sozialistischen Monarchie, des Beamtentums, die sich gebildet und löstet zum Kampf gegen den Staat, in der Welt herrschenden Parlamentarismus, der schon Anfangs des 19. Jahrhunderts zeigt. Er ist unser Schicksal, so gut wie das römische, das hinsichtlich, das aller rettenden Zivilisationen. Aber Milliarden oder Generale, Bankiers oder Beamte von größtem Format — das ist die ewige Frage.“

Diesen gewaltigen Endkampf der beiden gerrnlichen Ideen durchkreuzt nur die Arbeiterfrage, die doch weiter nichts als eine materielle, die äußeren Lebensbedingungen betreffende Tatsache ist. Marx hat nun verurteilt, diese Tatsache für Joes zu erheben, dadurch, daß er dem Proletariat, dem vierten Stande, den preussischen Gedanken des Sozial-

